

„Den Einzelnen kostet Klimaschutz vier Euro je Woche“

Scheitert der Klimagipfel im Dezember? In Barcelona ringen die Delegationen derzeit um einen Post-Kyoto-Vertrag. Die beiden führenden Forscher sprechen über die Chancen für ein Abkommen.

Lord Stern, Sie sind wie die meisten Klimaforscher immer noch erstaunlich zuversichtlich für Kopenhagen, viele sprechen aber schon offen vom Scheitern. Was macht Sie so optimistisch?

STERN: Natürlich können wir nicht sicher sein. Aber wenn wir das Momentum in den Verhandlungen beibehalten, wird Kopenhagen ein Erfolg werden. Es geht jetzt nicht darum, dass alle perfekt sind, nur müssen sich alle vorwärtsbewegen.

EDENHOFER: Die Klimapolitik ist doch nicht zum Scheitern verdammt, auch wenn Kopenhagen nicht auf einen Schlag alle Probleme lösen kann.

Vergrößern die jüngsten Entscheidungen in Brüssel die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss?

STERN: Sie sind jedenfalls ein Schritt vorwärts. Dreißig Prozent Emissionsminderung bis 2020 gegenüber 1990 ist ein klares Signal. Die Zahlen, die beschlossen wurden, bewegen sich im richtigen Bereich. In Kopenhagen wird man dann weiterverhandeln. Für ein starkes Abkommen, an dem alle mitwirken, auch die Entwicklungsländer, wird man aber noch über finanzielle Verpflichtungen über das Jahr 2020 hinaus reden müssen, und das sollten dann höhere Summen sein.

Von welchen Summen sprechen Sie?

STERN: Bis zum Jahr 2020 hat man über ein Angebot von jährlich hundert Milliarden Dollar für die armen Länder gesprochen, danach müssen die Zusagen sicher deutlich darüber liegen. Wichtig ist, dass man den Entwicklungsländern jetzt konkrete Zusagen macht, zum Beispiel, was sie bis zum Jahr 2015 bekommen. Eine finanzielle Unterstützung von jährlich mindestens 50 Milliarden Dollar wird es schon sein müssen.

Bundeskanzlerin Merkel hat erst einmal dafür gesorgt, dass keine Zahlen auf dem Tisch liegen. Sie haben sie immer als Vorbild gelobt. Hat sich die Klimakanzlerin zur Bremserin entwickelt?

STERN: Bundeskanzlerin Merkel hat im Sommer 2007 als EU-Ratspräsidentin und auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm entscheidende Anstöße gegeben. Heute geht es darum, dass alle zusammen verstehen, worum es geht. Die fünfzig Milliarden Dollar sind alles in allem 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder. Ich weiß, dass die Haushalte unter Druck sind, aber dies ist eine wirklich moderate Summe.

Wenn das so wenig ist, warum zögert man dann, die Zahl auf den Tisch zu legen? Viele sind verärgert. Die Afrikaner haben in dieser Woche aus Protest die Fortführung der Gespräche boykottiert.

STERN: Eine Theorie erfolgreicher Verhandlungsführung ist, dass man die Karten verdeckt lassen sollte bis kurz vor Ende der Verhandlungen. Manche wie Frau Merkel sehen das so.



Lord Stern (links), ehemaliger Chefökonom der Weltbank, und Ottmar Edenhofer vom Weltklimabeirat und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
Foto Matthias Lüdecke

Halten Sie das für die richtige Taktik?

STERN: Ich glaube, wir sollten jetzt die Karten offen auf den Tisch legen. Europa sollte sich jetzt ganz schnell mit den Vereinigten Staaten über die 50-Milliarden-Hilfe einigen.

Wie hoch werden die Klimaschutz-Kosten für den Einzelnen sein?

STERN: Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 20 000 Euro im Jahr sind das etwa 200 Euro pro Jahr, also vier Euro pro Woche. Das ist wirklich nicht viel.

EDENHOFER: Das entspricht etwa der Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein bis zwei Prozentpunkte. Solche Mehrwertsteuererhöhungen haben auch nicht die Wirtschaft zusammenbrechen lassen.

Wer sind momentan die größten Gegner einer ambitionierten Klimapolitik?

STERN: Die Leute, die viel Geld in Kohle investiert haben. Und Leute, die schwere Autos herstellen. Wenn wir Kohle nutzen, dann künftig mit sauberer klimaneutraler Technik.

EDENHOFER: Wenn wir festlegen, dass nur ein Teil der Kohlevorräte aufgebraucht werden darf, muss natürlich ein Teil des Kohlenstoffs unter der Erde bleiben. Was dann natürlich die Erträge der

Besitzer von Kohle-, Öl- und Gasvorkommen beeinträchtigt. Das gedeckelte Handelssystem mit Emissionszertifikaten, „Cap and Trade“, ist das einzige Werkzeug, das sicherstellt, dass Kohlenstoff unter der Erde gespeichert bleibt.

Was wird in Kopenhagen im Hinblick auf den Emissionshandel entschieden?

EDENHOFER: Europa hat das fortgeschrittenste System. Es gibt aber drei Probleme, die gelöst werden müssen, jedoch unabhängig von Kopenhagen: Erstens müssen wir alle relevanten Industriezweige mit einbeziehen, auch den Transportsektor. Ein steigender Kohlendioxidpreis würde dazu führen, dass in die Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation investiert würde, aber auch in die Elektromobilität. Zweitens müssen die Verpflichtungszeiten in Einklang mit den Investitionszyklen gebracht werden, die Investoren müssen schon jetzt wissen, wie stark die Emissionen nach 2020 sinken müssen, um in neue Techniken zu investieren. Niemand würde heute in die Kohlenstoffabscheidung und -einlagerung oder in Elektromobilität investieren, wenn er damit rechnen müsste, dass der Markt nach 2020 zusammenbricht, weil die Politik sich nicht dazu durchringen kann, die Emissionen weiter zu senken. Drittens gibt es Be-

darf, etwa in der europäischen Autoindustrie, den Emissionsmarkt mit den Vereinigten Staaten zu verbinden.

STERN: In Kopenhagen müssen wir vor allem den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung reformieren, den „Clean Development Mechanism“. Die Techniken, die darin gefördert werden, sind zu eng definiert. Wasserstofftechnik oder Kohlendioxid-Abscheidung (CCS) werden noch nicht erfasst, auch nicht die Verringerung der Entwaldung.

Sollten auch Projekte des Geo-Engineering finanziell gestärkt werden?

EDENHOFER: Wir versuchen erst einmal im Weltklimabeirat eine Definition für Geo-Engineering zu finden. Es ist zwischen dem Eingriff in die Strahlungsbilanz der Erde und dem Eingriff in den Kohlenstoffkreislauf zu unterscheiden. Wenn jetzt manche darüber nachdenken, Sulfatpartikel in die obere Atmosphäre zu injizieren, die Sonneneinstrahlung also zu dimmen und damit die Globaltemperatur zu senken, dann ignorieren sie alle anderen Folgen wie die Versauerung der Ozeane.

Man sollte also auch schon die Forschungen in diese Richtung unterbinden?

EDENHOFER: Natürlich soll man forschen, aber wir können diese Option nicht als Plan B ins Spiel bringen, wenn Kopenhagen scheitern sollte. An der schlichten Wahrheit, dass wir für den Rest dieses Jahrhunderts nur noch 850 Gigatonnen Kohlendioxid ablagern dürfen, führt kein Weg vorbei. Wir haben die Zeit, ein globales Emissionshandelssystem dafür aufzubauen.

Amerika wird bis Kopenhagen wohl kein neues Klimagesetz verabschieden. Ist damit ein Schlüsselement für den Erfolg beim Klimagipfel verloren gegangen?

STERN: Die Vereinigten Staaten haben genug in der Hand, um nach Kopenhagen zu gehen. Präsident Obama hat schon im September klar gezeigt, wohin die Reise geht. Auf der Basis kann man vorwärtsgehen. Dass das Gesetz dazu noch fehlt, sollte kein Hindernis sein.

Würde es helfen, wenn Präsident Obama nach Kopenhagen kommt?

STERN: Das würde enorm helfen. Ich hoffe, dass die Bundeskanzlerin diese Woche entsprechend auf ihn eingewirkt hat.

Die Fragen stellte Joachim Müller-Jung.

Der mühsame Weg zum Klimagipfel: Streit über Emissionsziele und Finanzhilfen

In der letzten Runde vor dem Kopenhagener Klimagipfel im Dezember wird derzeit in Barcelona über ein neues Klima-Abkommen verhandelt. Es soll das Kyoto-Protokoll ablösen, dessen erste Verpflichtungsperiode 2012 ausläuft. Mit ihm hatten sich die Industriestaaten verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen im Schnitt um fünf Prozent gegenüber 1990 zu senken. Tatsächlich haben die wenigsten Länder ihre Verpflichtungen erfüllt. Auf hoher Ebene, etwa auf dem G-8-Gipfel im Juli, wurde das Ziel vereinbart, Maßnahmen zu beschließen, die verhindern, dass die globale Erwärmung um mehr als zwei Grad steigt. Dafür wäre eine Emissionsminderung global um 50 Prozent, in den Industrielän-

dem allein um mindestens 80 Prozent bis 2050 nötig.

Einige Staaten erklärten inzwischen zwar ihre Bereitschaft, die Emissionen stärker zu verringern. Japan etwa überraschte mit der Zusage, den Treibhausgasausstoß um 25 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, und auch Schwellenländer wie Mexiko, Brasilien, Indien und China kündigten ambitionierte Klimapläne an. Auch Obamas Regierung hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf das Niveau von 1990 und damit 17 Prozent unter dem heutigen Wert bringen soll. Doch dieses stockt im Kongress.

Derlei Zusagen gehen den Entwicklungsländern ohnehin nicht weit genug. Sie for-

dem von den Industrieländern Reduktionsverpflichtungen bis zu 40 Prozent bis 2020 – auf elf bis 15 Prozent werden die bisherigen Zusagen geschätzt. Als entscheidender Streitpunkt hat sich zudem der finanzielle Ausgleich für die Drittweltländer erwiesen. Mittlerweile gibt es viele Politiker wie UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, die keine Chance mehr sehen, rechtzeitig bis Kopenhagen einen rechtsverbindlichen Vertragsentwurf vorzulegen. Von einem „Rahmenvertrag“ ist nun die Rede. In Barcelona liegt bereits der Vorschlag auf dem Tisch, eine baldige Nachfolgekonzferenz in Norwegen oder Schweden zu vereinbaren, um dort ein unterschriftsreifes Post-Kyoto-Abkommen zu beschließen. (jom.)